

<b>Vorlage Nr. XI 8/2024</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

## **Sicherstellung dringend notwendiger Raumbedarfe der Integrierten Regionalleitstelle Unterweser-Eibe (IRLS)**

### **A Problem**

Das in 2023 beauftragte Leitstellengutachten liegt mit Stand 26.03.2024 in der Endfassung vor. Bereits in der Entwurfsfassung wurde der erforderliche Flächenbedarf von insgesamt 950 m<sup>2</sup> für die IRLS aufgezeigt, wovon 550 m<sup>2</sup> bereits in den Räumen der Zentralen Feuerwache sichergestellt werden können (vgl. Vorlage XI 3/2024). Der zusätzliche Platzbedarf von 400 m<sup>2</sup> kann nur durch zusätzlich ergänzende Baumaßnahmen realisiert werden, da die vorhandenen Raumkapazitäten auf der Zentralen Feuerwache vollständig ausgeschöpft sind. Mit dem Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien wurden bereits verschiedenste Lösungsansätze besprochen. Im zurückliegenden Berichtszeitraum wurde u. a. die Anmietung von Containermodulen als Übergangslösung geprüft. Die Annahme, hierin die wirtschaftlichste Lösung zu finden, hat sich jedoch nicht bestätigt. Darüber hinaus wurden verschiedene Bestandsgebäude im Stadtgebiet auf eine zweckmäßige Nutzbarkeit geprüft. Eine zielgerichtete und sinnvolle Immobilie konnte jedoch auch hier nicht gefunden werden.

### **B Lösung**

Im Rahmen der Prüfungen verschiedener Immobilien und der Eruiierung verschiedener neuer Lösungsansätze, wird nun die Anmietung von Büroräumlichkeiten geprüft, die sich im Mietbestand des Magistrats befinden. Für eine komplette oder teilweise Auslagerung der IRLS sind die anvisierten Räumlichkeiten jedoch nicht geeignet. Derzeit wird daher die temporäre Auslagerung von Teilbereichen der Feuerwehr – vorwiegend Bereiche ohne direkte Einsatzmöglichkeiten – geprüft. An einer mittel- und langfristigen Lösung (z. B. Neubau eines Leitstellengebäudes, Nachnutzung freiwerdender Bereiche im Zuge des Neubaus der FRW Überseehafen) wird gearbeitet.

### **C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden kann.

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Es ergeben sich gegenwärtig keine personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Der Beschlussvorschlag generiert Mietkosten in Höhe von ca. 50.000 € pro Jahr. Da sich die zusätzlichen Raumbedarfe aus dem Ergebnis des Leitstellengutachtens (vgl. Vorlagen XI 3/2024 und XI 7/2024) ergeben, werden die entstehenden Kosten durch den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst getragen.

Es ergeben sich gegenwärtig keine Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen.

Das Ergebnis der Gender-Prüfung hat ergeben, dass die Vorlage keine Auswirkungen mit Genderrelevanz hat.

Besonders Belange von ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen.

Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils kann nicht festgestellt werden

**E Beteiligung/Abstimmung**

Keine.

**F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

**G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Skusa  
Stadtrat